



Offenes Verfahren

gem. § 119 Abs. 1 GWB i.V.m § 15 Vergabeverordnung
(VgV)

des Landkreises Rhön-Grabfeld

**zur Beschaffung einer 5- Achsen- CNC-
Schleifmaschine zu Schulungszwecken für die Ja-
kob-Preh-Berufsschul Bad Neustadt an der Saale**



Inhalt

I. Bewerbungsbedingungen

II. Vertragsunterlage

1. Besondere Vertragsbedingungen (BVB)
2. Zusätzliche Allgemeine Vertragsbedingungen für Liefer- und Dienstleistungsaufträge (ZAV)

Angebotsvordruck (separate PDF-Dateien)

1. Leistungsbeschreibung
2. Preisblatt 5- Achsen-CNC-Schleifmaschine

Erklärungen (separate PDF-Datei)

Anmerkung:

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die zusätzliche Formulierung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.



I. Bewerbungsbedingungen

1. Allgemeines

Gegenstand dieses Offenen Verfahrens ist die Lieferung einer 5-Achsen- CNC Schleifmaschine für die Jakob-Preh-Berufsschule Bad Neustadt an der Saale.

Ausführliche Informationen zum Vertragsgegenstand befinden sich in der Leistungsbeschreibung des Angebotsvordruckes.

Die Vergabestelle des Auftraggebers verfährt nach der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung (VgV) jeweils in der aktuell gültigen Fassung.

Amtssprache für das gesamte Vergabeverfahren ist deutsch. Die Kommunikation und alle Dokumente werden daher ausschließlich in deutscher Sprache abgewickelt.

2. Auftraggeber

Das Vergabeverfahren wird durch den Landkreis Rhön-Grabfeld durchgeführt.

Anschrift der Vergabestelle:

Landkreis Rhön-Grabfeld - Vergabestelle
Spörleinstraße 11
97616 Bad Neustadt

E-Mail: Vergabestelle@rhoen-grabfeld.de

3. Kommunikation / Vergabeplattform / Registrierung / Fragen

Die gesamte Kommunikation und der Informationsaustausch erfolgen ausschließlich über die Vergabeplattform unter www.aumass.de.

Registrierte Bieter werden automatisch über neue Informationen zum Vergabeverfahren benachrichtigt. Unregistrierte Bieter sind selbst dafür verantwortlich, sich durch regelmäßige Besuche auf der Vergabeplattform unter www.aumass.de über Änderungen und/oder Ergänzungen zu informieren.

Von nicht registrierten Bietern nicht rechtzeitig zur Kenntnis genommene Änderungen/Ergänzungen führen in keinem Fall zu einer Verlängerung der Angebotsabgabefrist. Die nicht rechtzeitige Kenntnisnahme liegt ausschließlich im Risikobereich des nicht registrierten Bieters.

Wirtschaftsteilnehmer, die Fragen zum Vergabeverfahren stellen möchten, müssen sich mit einer gültigen E-Mail-Adresse unter www.aumass.de registrieren.



Alle Fragen, die mit der vorliegenden Vergabe im Zusammenhang stehen, sind der Vergabestelle in Textform und ausschließlich über www.aumass.de bis spätestens eingehend am **18.03.2026** zu übermitteln.

Die Vergabeunterlagen ergänzende, berichtigende oder klarstellende Angaben, Fragen und deren Antworten werden allen Wirtschaftsteilnehmern auf der Vergabepattform www.aumass.de zur Verfügung gestellt.

Dabei kann die originale Frage des Bieters in anonymisierter Form veröffentlicht werden, unabhängig davon, ob die Frage aus Sicht der Vergabestelle korrekt ist, sehr lange oder unlogisch erscheint. Mit der Übersendung einer Bieterfrage wird die Veröffentlichung der Frage genehmigt. Sofern Gründe gegen eine Veröffentlichung bestimmter Daten/Informationen bestehen, sind diese in der Bieterfrage ausdrücklich mitzuteilen.

Die Antworten auf Bieterfragen werden Bestandteil der Vergabeunterlagen und sind somit verbindlich.

Bei technischen Problemen oder Rückfragen zur Bedienung der Vergabepattform wenden Sie sich bitte an den Support der Fa. aumass (Tel.: (+49) 0931 – 6001-180, E-Mail: e-vergabe@mainpost.de)

4. Form des Angebotes

Für das Angebot sind ausschließlich die vom Auftraggeber bereitgestellten Vergabeunterlagen zu verwenden.

Allgemeine Geschäftsbedingungen, sonstige von den Bedingungen des Auftraggebers abweichende/ widersprechende oder ergänzende Erklärungen des Bieters sind ausgeschlossen und werden vom Auftraggeber nicht anerkannt.

Die Angebotsunterlagen sind von der Vergabepattform unter www.aumass.de herunterzuladen und vollständig dokumentenecht auszufüllen.

In den eingereichten Unterlagen, insbesondere der Vertragsunterlage sowie in den Erklärungen, muss die Person des Erklärenden erkennbar sein.

Das Angebot einer Bietergemeinschaft kann nur von einem bevollmächtigten Vertreter der Bietergemeinschaft abgegeben werden.

Das Angebot ist ausschließlich in elektronischer Form über die Vergabepattform aumass zugelassen.



5. Fristen

Die Angebotsfrist endet am

20.03.2026 um 9 Uhr

Das Angebot muss rein digital **vor Ablauf** der Angebotsfrist über die Vergabeplattform aumass eingereicht werden.

6. Änderung, Berichtigung und Rücknahme von Angeboten

Berichtigungen und Änderungen zu abgelieferten Angeboten können bis zum Ablauf der Angebotsfrist in der gleichen Weise wie das Angebot übermittelt werden. Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können Sie Ihr Angebot schriftlich zurückziehen.

7. Entschädigung für die Angebotserstellung

Für die Erstellung des Angebotes wird keine Vergütung gewährt und es werden keine Auslagen erstattet. Gleiches gilt auch bei einer (ganzen oder teilweisen) Aufhebung der Vergabe.

8. Bindefrist und Zuschlagserteilung

Nach Ablauf der Angebotsfrist ist der Bieter **bis einschließlich 19.05.2026** an sein Angebot gebunden (Bindefrist).

Gem. § 42 VgV i.V.m. § 122 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) (Eignung) werden öffentliche Aufträge an fachkundige und leistungsfähige Unternehmen vergeben, die nicht nach §§ 123 oder 124 GWB ausgeschlossen worden sind. Mit der Erteilung des Zuschlags gemäß § 58 VgV kommt der Vertrag zustande. Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt.

9. Unterrichtung der Bieter

Der Auftraggeber unterrichtet gem. § 62 Abs. 1 Satz 1 VgV jeden Bewerber und jeden Bieter unverzüglich über den Abschluss der Rahmenvereinbarung bzw. die erfolgte Zuschlagserteilung.

Auf Verlangen des Bieters erfolgt eine Benachrichtigung gem. § 62 Abs. 2 VgV. Die Mitteilung nach § 62 Abs. 2 VgV umfasst u. a. die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes sowie den Namen des erfolgreichen Bieters. Die genannten Informationen können vom Auftraggeber nach § 62 Abs. 3 i.V.m. § 39 Abs. 6 VgV zurückgehalten werden, wenn u. a. die berechtigten Geschäftsinteressen von Unternehmen beeinträchtigt würden.



Erachtet ein Bieter seine berechtigten Geschäftsinteressen durch die Mitteilung nach § 62 Abs.3 VgV als beeinträchtigt, so hat er dies in seinem Angebot deutlich zum Ausdruck zu bringen und zu begründen.

Wünscht der Bieter die Rückgabe von Unterlagen, die das Angebot ergänzen (z. B. Testergebnisse, Anwendungshandbücher oder dergleichen), so hat er dies im Angebot deutlich zum Ausdruck zu bringen. Die Rückgabe ist nur möglich, sofern die Unterlagen nicht zu Beweis Zwecken benötigt werden. Die Rücksendung erfolgt auf Kosten des Bieters.

Die Aufhebung der Vergabe (ganz oder teilweise) wird unverzüglich über die Vergabeplattform

www.aumass.de

schriftlich ggü. den registrierten Bietern mitgeteilt.

10. Unterteilung in Lose

Die Vergabe erfolgt als Gesamtauftrag. Eine Unterteilung in Lose erfolgt nicht.

11. Inhalt des Angebotes

Das Angebot muss die in den Vergabeunterlagen geforderten Angaben, Erklärungen, Nachweise, Stellungnahmen und Preise enthalten.

Änderungen des Bieters an seinen eigenen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein (§ 57 Abs. 1 Nr. 3 VgV). Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind nicht zulässig und führen zum Ausschluss des Angebotes, gemäß § 57 Nr. 4, 5 und 6 VgV.

Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse sind in den Angebotsunterlagen entsprechend kenntlich zu machen.

Die Angebotsunterlagen werden nur zur Angebotsauswertung verwendet.

12. Haupt- und Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen. Die Abgabe mehrerer Hauptangebote ist nicht zugelassen.

13. Präqualifikation

Nach § 122 Abs. 3 GWB kann ein Bieter den Nachweis seiner Eignung und des Nichtvorliegens der Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB ganz oder teilweise durch die Teilnahme an Präqualifikationssystemen erbringen. Geforderte Unterlagen, die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise vorliegen, sind im Rahmen ihres Erklärungsumfangs zulässig.

Das gültige Zertifikat inklusive der Anlage muss dem Angebot beigelegt werden.



Weitergehende oder zusätzliche Nachweise / Erklärungen, die gefordert werden und nicht in Präqualifizierungsregistern enthalten sind, müssen dem Angebot nach Maßgabe dieser Bewerbungsbedingungen beigelegt werden.

Der Präqualifizierungsnachweis kann in begründeten Fällen in Zweifel gezogen werden. Bestehen diese Zweifel, behält sich der Auftraggeber vor, weitere Nachweise zu fordern (§ 48 Abs. 8 VgV).

14. Erklärungen/Nachweise

Gem. § 42 VgV i.V.m. § 122 GWB werden öffentliche Aufträge an fachkundige und leistungsfähige (geeignete) Unternehmen vergeben, die nicht in entsprechender Anwendung der §§ 123 oder 124 des GWB ausgeschlossen worden sind.

Nach §§ 44 bis 46 VgV kann der Auftraggeber im Hinblick auf die Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung und die wirtschaftliche, finanzielle, technische und berufliche Leistungsfähigkeit Anforderungen stellen, die sicherstellen, dass die Bewerber oder Bieter über die erforderliche Eignung für die ordnungsgemäße Ausführung des Auftrags verfügen.

Die Überprüfung der Eignung der Bieter erfolgt anhand der beigelegten Erklärungen sowie der geforderten Nachweise.

Beabsichtigt der Bieter/ Bewerber die Eignungsleihe nach § 47 VgV zu nutzen, ist diese im Angebot transparent (Erklärung) darzulegen.

Die Nachweise sollen nicht älter als 12 Monate sein und müssen noch den gegenwärtigen Tatsachen entsprechen. Die Nachweise und Erklärungen sollen mit dem Angebot eingereicht werden.

Die Nachforderung von Unterlagen durch den Auftraggeber richtet sich nach § 56 Abs. 2-5 VgV.

15. Unterauftragnehmer

Die Zustimmung des Auftraggebers zum Einsatz von Unterauftragnehmern ist davon abhängig, dass diese gegenüber ihrem jeweiligen Hauptunternehmer gleichlautende Erklärungen abgeben.

Diese Erklärungen muss der Bieter dem Auftraggeber nach Aufforderung innerhalb von 7 Kalendertagen vorlegen.

16. Bevorzugte Bewerber

Bevorzugte Bewerber sind Blinden- oder Behindertenwerkstätten (§§ 141 und 143 SGB IX).

Bieter, die als bevorzugte Bewerber zu berücksichtigen sind, müssen den Nachweis, dass sie die Voraussetzungen hierfür erfüllen, spätestens bei der Angebotsabgabe führen. Wird der Nachweis nicht rechtzeitig geführt, so wird das Angebot wie die Angebote nicht bevorzugter Bewerber behandelt.

17. Vermeidung von Korruption

Der Bieter verpflichtet sich, alle erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption zu ergreifen. Er wird insbesondere dem Auftraggeber, seinen mit der Vergabe oder Durchführung des Auftrags befassten Mitarbeiter oder einem Dritten keine Leistung materieller oder immaterieller Art, die den öffentlichen Auftraggeber oder seine Mitarbeiter besserstellt, und auf die kein rechtlich begründeter Anspruch besteht, anbieten, versprechen oder gewähren.

18. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache (gemäß § 1 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in der aktuell gültigen Fassung) beteiligen, werden ausgeschlossen.

19. Umgang mit Vergabeunterlagen

Der Bieter hat die Vollständigkeit der vom Auftraggeber übermittelten Unterlagen zu überprüfen und fehlende Blätter beim Auftraggeber anzufordern bzw. doppelte Blätter auszusondern und zu vernichten. Enthalten die Vergabeunterlagen nach der Auffassung des Bieters Unklarheiten, so hat er den Auftraggeber **vor** der Angebotsabgabe **schriftlich** über die Vergabeplattform aumass darauf hinzuweisen, auch wenn der Bieter den Hinweis bereits vorher schon in einer anderen Form gegeben hat.

Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig und führen zum Ausschluss des Angebotes.

Die Vergabeunterlagen des Auftraggebers sind vertraulich zu behandeln und bleiben Eigentum der ausschreibenden Stelle. Sie dürfen nur zur Erstellung eines Angebotes verwendet werden.

Jede Veröffentlichung und Weitergabe an Dritte – auch auszugsweise – oder jede Nutzung für andere Zwecke ist ohne die ausdrückliche schriftliche Genehmigung der Vergabestelle nicht gestattet.

Wird kein Angebot abgegeben, so sind die Vergabeunterlagen unverzüglich in eigener Zuständigkeit zu vernichten.

20. Verschwiegenheitspflicht

Der Bieter hat – auch nach Beendigung der Angebotsphase – über die ihm bei seiner Tätigkeit bekannt gewordenen dienstlichen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Er hat hierzu auch die bei der Erstellung des Angebotes beschäftigten Mitarbeiter zu verpflichten.

Die Nichtachtung der Verschwiegenheitspflicht hat zwangsläufig Einfluss auf die Beurteilung der Zuverlässigkeit des Bewerbers, insbesondere auch bei zukünftigen Maßnahmen der Vergabestelle.



21. Mitteilungspflicht RFID (Radio Frequency Identification)

Mit Abgabe des Angebotes verpflichtet sich der Bieter, dem Auftraggeber schriftlich mitzuteilen, falls in den angebotenen Produkten die **RFID - Technologie** eingesetzt wird. Die Verwendung der RFID-Technologie ohne schriftliche Zustimmung des Auftraggebers ist ausdrücklich untersagt.

22. Bearbeitungshinweise

Im Angebotsvordruck werden die einzelnen Anforderungen mit folgenden Kriterien gekennzeichnet:

- (A) = **Ausschlusskriterium**
Leistungsanforderungen/Mindestanforderungen, die mit einem (A) gekennzeichnet sind, müssen **zwingend** eingehalten werden. Das Nichterfüllen bereits eines dieser Kriterien **führt zum Ausschluss des gesamten Angebotes**.
- (B) = **Bewertungskriterium**
Die mit einem (B) gekennzeichneten Anforderungen sowie ausgewählte Anforderungen aus der Leistungsbeschreibung werden bewertet. Eine Aufschlüsselung der Bewertung finden Sie im Angebotsvordruck auf dem Blatt Fragenkatalog unten.
- (I) = **Ergänzende Informationen**
Diese Kriterien dienen lediglich dem Verständnis und haben keinen Einfluss auf die Bewertung.

Die Fragen zum Vergabegegenstand sind im Preisblatt des Angebotsvordrucks zu beantworten.

Nicht, nicht eindeutig oder mehrfach beantwortete Fragen werden nicht gewertet und können zum Ausschluss führen.

In gekennzeichneten Feldern sind die geforderten Angaben/Daten einzutragen.

Werden die Antwortmöglichkeiten nicht für ausreichend gehalten, so sind ergänzende Erläuterungen auf einem Beiblatt unter Bezugnahme auf die jeweilige Ziffer in den Ausschreibungsunterlagen möglich.

Sind seitens des Bieters ergänzende Erläuterungen erforderlich, sind diese bitte nach den folgenden Regeln auszurichten:

- Fassen Sie Hinweise oder Erläuterungen in freier, aber möglichst knapper Form ab.
- Stichwortartige Hinweise und Erläuterungen sind ausreichend, wenn sie verständlich und eindeutig sind.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ausschließlich die vom Bieter in unserer Preiszusammenstellung eingetragenen Werte verbindlich sind.

Fragen zum Vergabegegenstand sind in den Vergabeunterlagen zu beantworten



23. Bewertung der Angebote (§ 127 GWB i.V.m. § 58 Abs. 2 VGV)

Angebotswertung:

Zuschlagskriterium ist der Preis.

Aufgrund des Transparenzgebotes werden Sie gebeten, in Ihren Angeboten Bewertungspreise anzugeben, welche sich aus dem vom Auftraggeber an den Auftragnehmer zu zahlenden Nettoangebotspreis und der zu entrichtenden Umsatz- oder Einfuhrumsatzsteuer zusammensetzen, unabhängig der jeweils eintretenden Steuerschuldnerschaft.

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt.

Bitte beachten Sie, dass der Wertungsentscheidung die tatsächlich für den Auftraggeber anfallenden Kosten zu Grunde gelegt werden, welche die Umsatzsteuer, eine etwaige Einfuhrumsatzsteuer oder gegebenenfalls eine durch Steuerlastumkehr im Rahmen des Reverse-Charge-Verfahrens entstehende Umsatzsteuer beinhalten.

Der jeweilige Umsatzsteuerbetrag wird zum jeweiligen Preis netto addiert, nach Abzug etwaiger gewährter Skonti und/oder Nachlasse/Rabatte. Bei ausländischen Bietern, die unter das Reverse-Charge Verfahren fallen, wird die in Deutschland geltende Umsatzsteuer von 19 % durch den Auftraggeber zum Angebotsendpreis hinzugerechnet. Bei Anbietern aus einem zugelassenen Drittland wird die Einfuhrumsatzsteuer durch den Auftraggeber zum Angebotsendpreis hinzugerechnet. Ausländische Bieter oder Bieter aus zugelassenen Drittländern befüllen bitte auf dem Preisblatt ausschließlich den Nettopreis und machen Angaben zu möglichen Skonti und /oder Rabatten.

24. Abkürzungsverzeichnis

| | |
|----|---------------|
| AG | Auftraggeber |
| AN | Auftragnehmer |



II. Vertragsunterlage

Inhalt

1. Besondere Vertragsbedingungen

2. Zusätzliche Allgemeine Vertragsbedingungen für Liefer- und Dienstleistungsaufträge (ZAV)



1. Besondere Vertragsbedingungen

1. Vertragsgegenstand

Mit Zuschlagserteilung durch den Landkreis Rhön-Grabfeld, vertreten durch den Landrat des Landkreises Rhön-Grabfeld, auf das vom Bieter vorgelegte Angebot wird ein rechtskräftiger Vertrag zwischen den Vertragsparteien geschlossen (§ 103 Abs. 5 GWB i.V.m. § 21 VgV).

Gegenstand dieses Offenen Verfahrens ist die Lieferung, der Aufbau und die Installation einer CNC gesteuerten 5-Achs-Schleifmaschine gemäß Leistungsbeschreibung (siehe separate PDF-Datei im Angebotsvordruck) sowie Schulungen und Wartung in Bezug auf die zu liefernde Maschine an den Landkreis Rhön-Grabfeld, Spörleinstraße 11, 97616 Bad Neustadt an der Saale.

2. Vertragsrecht und Vertragsbestandteile

Dem Vertrag wird ausschließlich deutsches Recht zugrunde gelegt. Die Bestimmungen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf – UN-Kaufrecht – finden keine Anwendung.

Sofern im Zusammenhang mit der Beauftragung keine abweichenden, schriftlichen Vereinbarungen getroffen werden, sind im Falle eines Zuschlages die folgenden Bedingungen und Unterlagen Bestandteil des Vertrages in der angegebenen Reihenfolge:

- a) Angebotsvordruck bestehend aus Preisblatt und Leistungsbeschreibung mit Beantwortung der Bieterfragen
- b) Besondere Vertragsbedingungen (BVB),
- c) sofern einbezogen Ergänzende Vertragsbedingungen (EVb) der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses jeweils geltenden Fassung,

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) sowie sonstige Liefer-, Zahlungs- oder Vertragsbestimmungen des Auftragnehmers sind ausgeschlossen. Werden AGB oder sonstige Bestimmungen vom Auftragnehmer nach Zuschlagserteilung, beispielsweise einer Auftragsbestätigung, einem Lieferschein oder einer Rechnung beigelegt, werden diese auch dann nicht Gegenstand des Vertrages, wenn ihnen durch den Auftraggeber nicht widersprochen wird. Gleiches gilt, sofern der Auftragnehmer seine AGB oder sonstigen Bestimmungen den Angebotsunterlagen beigelegt hat und sein Angebot entgegen der Bewerbungsbedingungen nicht ausgeschlossen wurde.

Der Schriftverkehr mit dem AG erfolgt in deutscher Sprache. Die Kommunikation und alle Dokumente werden daher ausschließlich in deutscher Sprache abgewickelt.

Die Aufträge des Landkreises Rhön-Grabfeld (AG) erfolgen schriftlich.



3. Vertragsänderungen und -ergänzungen

Änderungen, Abweichungen oder Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform und gelten nur, wenn sie jeweils schriftlich von AG und AN bestätigt werden.

4. Vertragsauflösung

Ein jederzeitiges fristloses Sonderkündigungsrecht für den AG gilt für den Fall als vereinbart, dass sich Tatsachen ergeben, dass zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung oder während der Vertragslaufzeit Ausschlussgründe nach § 42 Abs. 1 VgV i.V. m. §§ 123 und /oder 124 GWB vorlagen bzw. vorliegen oder wesentliche Leistungsbedingungen nicht erfüllt waren bzw. werden.

Weitere Rechte des AG bleiben von einer Sonderkündigung unberührt.

5. Beendigung des Vertragsverhältnisses aus wichtigen Grund

Eine Beendigung des Vertragsverhältnisses aus wichtigen Grund trifft auch zu bei Abgabe von Angeboten, die auf wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinne von § 298 StGB beruhen oder die Beteiligung an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des GWB.

Tritt der AG vom Vertrag zurück, so ist er berechtigt, die bisherigen Lieferungen zurückzugeben. Den Wert nicht zurückgegebener Lieferungen oder bereits in Anspruch genommener Leistungen hat er anteilig im Rahmen des Vertragspreises dem AN zu vergüten. Für zurückgegebene Lieferungen hat der AN das dafür bereits gezahlte Entgelt dem AG zurückzuerstatten.

Der AN hat dem AG alle Schäden zu ersetzen, die unmittelbar oder mittelbar durch den Rücktritt vom Vertrag entstehen. Andere Rechte als Ansprüche auf Vergütung in Anspruch genommener Lieferungen und Leistungen stehen dem AN auf Grund des Rücktritts nicht zu. Von den gesetzlichen Regelungen über das Rücktrittsrecht bleiben lediglich §§ 346 bis 349 BGB unberührt.

6. Preise/Preisbindung

Der AN ist nach Zuschlag bis zur Lieferung bzw. Inanspruchnahme der Schulungen/Wartungsmaßnahmen an den Angebotspreis gebunden.

7. Allgemeine Leistungsanforderungen

Es ist die im Angebotsvordruck geforderte Leistung in der ausgeschriebenen Qualität zu erbringen.



Der AN verpflichtet sich, bei seinen Leistungen und auch Zulieferungen oder Nebenleistungen Dritter im Rahmen der wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten umweltfreundliche Erzeugnisse und Verfahren bevorzugt einzusetzen.

Die zu liefernden Erzeugnisse müssen den zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe gültigen Europäischen Normen (EN), Unfallverhütungsvorschriften, Arbeitsschutzvorschriften sowie den allgemein anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln entsprechen

8.Lieferung

Die Auslieferung hat durch den Auftragnehmer schnellstmöglich, **spätestens 6 Monate nach Zuschlagserteilung** zu den allgemeinen Bürozeiten an folgende Anschrift zu erfolgen:

Jakob-Preh-Berufsschule
Poststraße 31
97616 Bad Neustadt an der Saale

Der voraussichtliche Liefertermin ist der Schule unter Telefon: +49 (0)9771-63638-0 bzw. E-Mail: verwaltung@bsnes.de mitzuteilen.

Bürozeiten: Montag bis Donnerstag 7:30 bis 15:30 Uhr
Freitag 7:30 bis 13:30 Uhr

Mit der Unterschrift auf dem Lieferschein bestätigt der AG weder die Mängelfreiheit noch die Vollständigkeit der Lieferung, sondern lediglich, dass eine Lieferung entgegengenommen worden ist. Falschliefereien und mangelhafte Produkte müssen auf Kosten des AN ausgetauscht werden.

Die Lieferung hat „frei Verwendungsstelle“ zu erfolgen.

Die Frankatur „frei Verwendungsstelle“ umfasst die Bereitstellung in der im Auftragsschreiben bezeichneten Verwendungsstelle (z.B. Dienstzimmer, Räume, Lager).

Der AN trägt die Versand-/Transportkosten und alle damit zusammenhängenden Nebenkosten (z.B. Versicherungen, Zölle).

Des Weiteren gelten die Ausführungen im Angebotsvordruck unter 2.17. Montage und Inbetriebnahme.



9.Rechnungsstellung / Zahlungsbedingungen / Skonto

Bei Rechnungsstellung ist die Rechnung unter Angabe der Auftrags- bzw. Bestellnummer und/oder der sonstigen Geschäftszeichen des AG sowie der Warenbezeichnung und -menge und des Gesamtpreises auszustellen.

Rechnungsanschrift ist das

Landratsamt Rhön-Grabfeld
Z 4
Spörleinstraße 11
97616 Bad Neustadt

Elektronische Rechnungen bitte an

rechnung@rhoen-grabfeld.de

senden.

Ein vom Bieter eingeräumtes Skonto erstreckt sich grundsätzlich auf alle Zahlungen.

Die Zahlungsfrist beträgt grundsätzlich 30 Tage. Die Zahlungsfrist für die Inanspruchnahme vereinbarter Skonti beträgt 21 Tage.

Die Zahlungs- und Skontofristen beginnen mit dem Eingang der ordnungsgemäßen Rechnung.

Sind übersandte Rechnungen fehlerhaft und können aufgrund fehlender Angaben nicht bearbeitet werden, beginnen die Zahlungs- und Skontofristen erst mit dem Eingang der ordnungsgemäßen Rechnungsstellung.

Die Zahlung erfolgt im Überweisungsverkehr auf ein vom AN schriftlich zu benennendes Konto. Als Tag der Zahlung gilt der Tag der Absendung des Überweisungsauftrages an das Zahlungsinstitut des AG. Die Abtretung von Forderungen an Dritte ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung des AG statthaft.

Werden nach Annahme der Schlusszahlung Rechenfehler in der Abrechnung oder Fehler in den Unterlagen der Abrechnung festgestellt, so sind der AG und der AN verpflichtet, einander die ihnen danach zustehenden Beträge zu erstatten. Der AN ist nicht berechtigt, sich auf einen Wegfall der Bereicherung zu berufen.



10. Gefahrenübergang

Die Gefahr trägt der AN bis Zustellung der Ware am Erfüllungsort. Erfüllungsort ist der vom AG bestimmte Ort der Lieferung oder Leistung.

11. Störungsbeseitigung im Mangel- und Garantiefall

Treten an der gelieferten Sache bei vertragsgemäßer Nutzung Mängel auf oder tritt ein Gewährleistungs- oder Garantiefall ein, so hat der AN während der zugesicherten Frist die Störung für den AG kostenlos zu beseitigen.

12. Haftung

Der AN haftet für Personen- und Sachschäden, die dem AG oder Dritten entstehen, soweit der AN sie zu vertreten hat. Für sonstige Schäden haftet der AN, soweit sie durch den AN oder die Kaufsache unmittelbar verursacht wurden und der AN sie zu vertreten hat.

13. Datenschutz

Der AN stimmt der Speicherung der personenbezogenen Daten (z.B. Name, Telefonnummer) zu. Die Bestimmungen des Datenschutzes werden eingehalten. Weitere Erläuterungen zum Datenschutz sind unter Erklärungen „Informationen zur Datenerhebung gemäß Artikel 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)“.

14. Werbeverbot

Öffentliche Werbung, die auf ein Vertragsverhältnis mit dem AG beruht, bedarf der ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung des AG. Eine erteilte Zustimmung kann vom AG jederzeit ohne Angabe von Gründen zurückgenommen werden.

15. Insolvenz

Eine drohende Insolvenz hat der AN dem AG unverzüglich mitzuteilen.

16. Gerichtsstand

Als ausschließlicher Gerichtsstand wird – soweit gesetzlich zulässig – Bad Neustadt vereinbart.



17. Salvatorische Klausel

Falls einzelne Bestimmungen dieses Vertrags unwirksam sein sollten oder dieser Vertrag Lücken enthält, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung oder der Vertragslücke gilt diejenige wirksame Bestimmung als vereinbart, welche dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt.



2. Zusätzliche Allgemeine Vertragsbedingungen für Liefer- und Dienstleistungsaufträge des Landkreises Rhön-Grabfeld (ZAV)

Präambel

Diese Zusätzlichen Allgemeinen Vertragsbedingungen für Liefer- und Dienstleistungsaufträge des Landkreises Rhön-Grabfeld gelten für alle Aufträge des Landkreises Rhön-Grabfeld über Liefer- und Dienstleistungen, soweit einzelvertraglich nichts anderes vereinbart worden ist. Soweit einzelvertraglich etwas anderes vereinbart worden ist, finden die Regelungen der ZAV nachrangig ergänzende Anwendung.

1. Vertragsrecht und Vertragsbestandteile

Dem Vertrag wird ausschließlich deutsches Recht zugrunde gelegt. Die Bestimmungen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf–UN-Kaufrecht– finden keine Anwendung.

Sofern im Zusammenhang mit der Beauftragung keine abweichenden, schriftlichen Vereinbarungen getroffen werden, sind im Falle eines Zuschlages die folgenden Bedingungen und Unterlagen in der angegebenen Rang- und Reihenfolge Bestandteil des Vertrages:

- d) Leistungsbeschreibung (bzw. Leistungsverzeichnis oder Aufgabenbeschreibung) mit Beantwortung der Bieterfragen
- e) Besondere Vertragsbedingungen (BVB),
- f) sofern einbezogen Ergänzende Vertragsbedingungen (EVB) der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses jeweils geltenden Fassung,
- g) Zusätzliche Allgemeine Vertragsbedingungen für Liefer- und Dienstleistungsaufträge des Landkreises Rhön-Grabfeld (ZAV) in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses jeweils geltenden Fassung,
- h) Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses jeweils geltenden Fassung,
- i) Angebot des Auftragnehmers mit Preiszusammenstellung/Preisblatt.

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) sowie sonstige Liefer-, Zahlungs- oder Vertragsbestimmungen des Auftragnehmers sind ausgeschlossen. Werden AGB oder sonstige Bestimmungen vom Auftragnehmer nach Zuschlagserteilung, beispielsweise einer Auftragsbestätigung, einem Lieferschein oder einer Rechnung beigelegt, werden diese auch dann nicht Gegenstand des Vertrages, wenn ihnen durch den Auftraggeber nicht widersprochen wird. Gleiches gilt, sofern der Auftragnehmer seine AGB oder sonstigen Bestimmungen den Angebotsunterlagen beigelegt hat und sein Angebot entgegen der Bewerbungsbedingungen nicht ausgeschlossen wurde.

Für die Aufträge des Landkreises Rhön-Grabfeld gelten, falls nicht ausdrücklich etwas anderes schriftlich vereinbart wird, die nachstehenden Bestimmungen. Mündliche Vereinbarungen haben keine Gültigkeit.



2. Mängelansprüche (Gewährleistung)

2.1 Mindestverjährungsfrist für Mängelrechte

Unbeschadet der gesetzlichen Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) und der Regelungen der VOL/B gelten bei Vertragsschluss die Regelungen über die Mängelrechte gemäß den in Nr. 1 genannten Vertragsbestandteilen. Die Mängelrechte verjähren frühestens in 2 (zwei) Jahren (Mindestverjährungsfrist).

2.2 Optionale Verlängerung der Verjährung der Mängelrechte

Anstelle der Mindestverjährungsfrist gemäß Nr. 2.1 Satz 2 tritt eine längere Verjährungsfrist für Mängelrechte, wenn und soweit der Auftragnehmer sie im Angebot als kostenfreie Option angegeben hat. Gleiches gilt für den Fall, dass der Auftragnehmer im Angebot eine kostenfreie optionale Verlängerung der Verjährung über die Mindestverjährungsfrist hinaus angegeben hat oder eine entsprechende kostenpflichtige Option von dem Auftraggeber abgerufen wurde.

3. Störungsbeseitigung

Tritt ein Gewährleistungs- oder Garantiefall ein, so hat der Auftragnehmer innerhalb der vom Auftraggeber gesetzten angemessenen Nachfrist die Störung durch Reparatur oder Neulieferung kostenlos zu beseitigen. Ein Gewährleistungsfall liegt vor, wenn der Liefergegenstand des Auftragnehmers mangelhaft ist. Ein Garantiefall liegt vor, wenn die Leistung nicht die Eigenschaft aufweist, für welche der Auftragnehmer eine Garantie (§ 443 BGB) übernommen hat.

Überschreitet eine störungsbedingte Ausfallzeit des Liefergegenstandes die gesetzte Nachfrist, sind defekte, vom Auftragnehmer gelieferte Komponenten unverzüglich auszutauschen. Im anderen Fall kann der Auftraggeber auf Kosten des Auftragnehmers die Komponenten selbst oder durch Dritte austauschen oder die Störung auf sonstige Weise beseitigen.

4. Sicherheitsanforderungen

Der Auftragnehmer hat – auch nach Beendigung der Vertragslaufzeit – über die ihm bei seiner Tätigkeit bekannt gewordenen dienstlichen Angelegenheiten des Auftraggebers Verschwiegenheit zu bewahren. Er hat hierzu auch die im Zusammenhang mit der Auftragsdurchführung beschäftigten Mitarbeiter schriftlich zu verpflichten. Gleiches gilt für etwaige Unterauftragnehmer, derer sich der Auftragnehmer zur Leistungserfüllung bedient.

5. Haftung

Der Auftragnehmer haftet für Personen-, Sach- und Vermögensschäden sowie für sonstige Schäden, einschließlich Mangelfolgeschäden, die dem Auftraggeber oder Dritten entstehen, soweit der Auftragnehmer oder seine Erfüllungsgehilfen sie zu vertreten haben.

6. Rechte Dritter

Die Leistungen (Lieferungen und Dienstleistungen) des Auftragnehmers dürfen keine Rechte Dritter verletzen. Sollten Dritte gegenüber dem Auftraggeber eine Verletzung ihrer Rechte geltend machen, stellt der Auftragnehmer den Auftraggeber von sämtlichen hieraus resultierenden Schadensersatzansprüchen und Aufwendungen auf erstes Anfordern frei, unter Einschluss von Gerichts- und Vergleichskosten und der Kosten für eine nach dem pflichtgemäßen Ermessen des Auftraggebers erforderliche gerichtliche und vorgerichtliche Rechtsberatung und Vertretung.

Sollten der Ausübung der Rechte aus diesen Vertragsbedingungen Rechte Dritter entgegenstehen, wird der Auftragnehmer für Abhilfe sorgen, indem er nach eigener Wahl auf eigene Kosten zugunsten des Auftraggebers die notwendigen Rechte erwirbt oder vertragsgegenständlichen Leistungen ändert oder ersetzt, so dass sie aus dem Schutzbereich der Rechte Dritter herausfallen, gleichwohl aber den Vertragsbedingungen entsprechen.

Sollte der Auftragnehmer beide vorgenannten Formen der Behebung einer Schutzrechtsbeanstandung verweigern oder die von dem Auftragnehmer gewählte Form fehlschlagen oder für den Auftraggeber unzumutbar sein, ist der Auftraggeber nach Ablauf einer angemessenen Nachfrist berechtigt, die Schutzrechtsbeanstandung unter anderem dadurch abzuwenden, dass er mit dem Dritten einen Vertrag über die Nutzung der Schutzrechte abschließt. Der Auftragnehmer erstattet dem Auftraggeber auf erstes Anfordern sämtliche Aufwendungen und Kosten, insbesondere etwaige Lizenzvergütungen im Zusammenhang mit und aus einem solchen Nutzungsvertrag.

Darüber hinausgehende Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

7. Vertragsbeendigung durch den Auftraggeber

Ein Rücktritt vom Vertrag oder eine außerordentliche Kündigung ist aus einem wichtigen Grund möglich. Für den Auftraggeber liegt insbesondere ein wichtiger Grund vor, den Vertrag außerordentlich zu kündigen oder von diesem zurückzutreten, wenn

- der Auftragnehmer seiner Leistungsverpflichtung nicht, nicht mehr oder nicht mehr vollständig in der vereinbarten Art und Weise, Zeit, Anzahl oder Qualität nachkommt und er trotz einmaliger schriftlicher Fristsetzung oder Abmahnung des Auftraggebers keine Abhilfe schafft;
- der Auftragnehmer in Insolvenz gerät oder wenn die Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenz- oder Vergleichsverfahrens gegeben sind bzw. wenn die Insolvenz gemäß der für den Auftragnehmer geltenden Rechtsordnung eröffnet, die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt wird,

oder beim Auftragnehmer ein Insolvenzgrund im Sinne der §§ 17 – 19 InsO (Insolvenzordnung) oder ein vergleichbarer Grund einer anderen, für ihn geltenden Rechtsordnung vorliegt,

oder sich die Vermögensverhältnisse des Auftragnehmers derart verschlechtern, dass mit einer ordnungsgemäßen Vertragserfüllung nicht mehr gerechnet werden kann, auch wenn der vorgenannte Insolvenzgrund nicht vorliegt,

oder sich der Auftragnehmer in Liquidation befindet;

- sich Tatsachen ergeben, dass zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung Ausschlussgründe nach § 31 UVgO, § 123 GWB und/oder § 124 GWB vorlagen oder wesentliche Vergabe- oder Vertragsbedingungen nicht erfüllt waren und dies nach den Vergabebestimmungen zu einem Angebotsausschluss geführt hätte oder hätte führen können, gleichzeitig ein weiteres Festhalten am Vertrag für den Auftraggeber nicht zumutbar ist
- die Angebotsabgabe auf wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinne von § 298 StGB (Strafgesetzbuch) oder einer sonst unzulässigen, wettbewerbsbeschränkenden Abrede i.S.v. § 42 Abs. 1 UVgO bzw. § 57 Abs. 1 VgV beruht oder eine Beteiligung an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vorliegt;
- der Auftragnehmer oder sein Unterauftragnehmer den Bestimmungen des Vertrages zuwider handelt und ein Festhalten am Vertrag dem Auftraggeber nicht mehr zuzumuten ist, was insbesondere der Fall ist, wenn
 - der Auftragnehmer oder eine von ihm beauftragte Person die für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Landkreis Rhön-Grabfeld erforderliche Zuverlässigkeit nicht mehr besitzt,
 - der Auftragnehmer oder eine von ihm beauftragte Person gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen des BDSG (Bundesdatenschutzgesetzes) oder BayDSG (Bayerischen Datenschutzgesetzes) verstößt
 - der Auftragnehmer andere als im Ausschreibungsverfahren angegebene oder durch den Auftraggeber genehmigte Unterauftragnehmer einsetzt;
- für den Auftraggeber die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses aus einem in der Person des Auftragnehmers oder seiner Beauftragten liegenden Gründe unzumutbar ist;
- der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags befasst sind, oder einem Amtsträger oder sonst einem für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten, oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt (§§ 331 ff. StGB), unabhängig davon, ob dadurch eine Dienstpflicht verletzt wurde (Bestechung, § 334 StGB) oder nicht (Vorteilsannahme, § 331 StGB) oder ein solches Handeln versucht wurde. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die auf Seiten des Auftragnehmers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags befasst sind;
- sich herausstellt, dass der Auftragnehmer vorsätzlich oder grob fahrlässig eine unrichtige Erklärung im Angebot oder im Vergabeverfahren abgegeben hat und dadurch das Vertrauensverhältnis zum Auftraggeber zerrüttet;
- Forderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber gepfändet werden, es sei denn, dass der Auftragnehmer unverzüglich ausreichende Sicherheit anbietet.

- sich die unmittelbare oder mittelbare Eigentümerstruktur des Auftragnehmers ändert und hierdurch die Sicherheitsinteressen des Freistaates beeinträchtigt werden oder die Lieferung oder Dienstleistung neu ausgeschrieben werden müsste.

8. Vertragsanpassungen aufgrund von höherer Gewalt bei Unzumutbarkeit der Leistungserbringung

- 1) In Fällen höherer Gewalt, ist die hiervon betroffene Partei berechtigt, einzelne Vertragspflichten, bis zum Ende des außerordentlichen Ereignisses und/oder in einem den Umständen angemessenen Umfang auszusetzen, den Vertrag, wenn dies nicht zu einer unbilligen Härte für den Vertragspartner führen würde, aufzulösen, sich für die Dauer und im Umfang der Auswirkung von der Verpflichtung zur Leistung bzw. Abnahme befreien zu lassen oder die Leistungspflichten, unter Beachtung der durch diesen Vertrag festgelegten Risikoverteilung und unter Beteiligung der anderen Vertragspartei anzupassen, um den höheren Anforderungen an die Erfüllung der Leistungspflicht durch eine angepasste Gegenleistung Rechnung zu tragen.
- 2) Zu den Fällen höherer Gewalt nach Abs. 1 zählen insbesondere Brandschäden, Überschwemmungen, Streiks, rechtmäßigen Aussperrungen und Seuchen wie Epidemien oder Pandemien, soweit ein Gefahrenniveau von mindestens mäßig durch das Robert-Koch-Institut festgelegt ist.
- 3) Der AG ist für die Dauer und im Umfang der Auswirkung grundsätzlich von der Verpflichtung der Abnahme befreit.
- 4) Die durch höhere Gewalt an der Erfüllung ihrer Vertragspflichten gehinderte Vertragspartei muss die andere unverzüglich von der drohenden Leistungsproblematik infolge des zu benennenden höheren Gewalt-Ereignisses informieren.

9. Drohende Insolvenz

Droht die Zahlungsunfähigkeit des Auftragnehmers oder verschlechtern sich die Vermögensverhältnisse derart, dass mit einer ordnungsgemäßen Vertragserfüllung nicht mehr gerechnet werden kann, hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

10. Änderung der Eigentümerstruktur des Auftragnehmers

Über bevorstehende Änderungen seiner Eigentümerstruktur, einschließlich der Veräußerung von Geschäftsanteilen, muss der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich schriftlich informieren.

11. Werbeverbot

Öffentliche Werbung, die auf einem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber beruht, bedarf der ausdrücklichen schriftlichen Einwilligung (vorherige Zustimmung) des Auftraggebers. Eine erteilte Einwilligung kann vom Auftraggeber jederzeit ohne Angabe von Gründen zurückgenommen werden.



12. Sprache

Die Vertrags- und Geschäftssprache ist Deutsch.

13. Rechnungsstellung

Soweit keine Teilleistungen vereinbart wurden, sind Rechnungen für Lieferungen und Dienstleistungen vom Auftragnehmer nach vollständig erfolgter Leistung an die im Rahmen der Auftragserteilung genannte Rechnungsadresse zu schicken.

Sind übersandte Rechnungen fehlerhaft und können aufgrund fehlender Angaben nicht geprüft werden, beginnen die Zahlungs- und Skontofristen erst mit der ordnungsgemäßen Rechnungsstellung.

Werden nach Annahme der Schlusszahlung Rechenfehler in der Abrechnung oder Fehler in den Unterlagen der Abrechnung festgestellt, so sind der Auftraggeber und der Auftragnehmer verpflichtet, einander die ihnen danach zustehenden Beträge zu erstatten. Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, sich auf einen Wegfall der Bereicherung zu berufen.

Rechnungen sind vom Auftragnehmer stets prüfbar, pünktlich und kostenfrei zu erstellen.

14. Zahlungsbedingungen/Skonto

Alle Preise gelten in Euro und sind Festpreise, die über die gesamte Laufzeit des Vertrages gelten, soweit nichts anderes vereinbart wurde. Die Zahlungsfrist beträgt grundsätzlich 30 Tage. Die Zahlungsfrist für die Inanspruchnahme vereinbarter Skonti (Skontofrist) beträgt 21 Tage.

Die Zahlungs- und Skontofrist beginnen mit dem Eingang der ordnungsgemäßen, prüfbaren Rechnung, frühestens jedoch mit Ablauf des Tages, an dem alle die Zahlung begründenden Voraussetzungen (ordnungsgemäße Lieferung und ggf. erfolgreiche Güteprüfung und/oder Abnahme) vorliegen.

Als Tag der Zahlung gilt der Tag der Absendung des Überweisungsauftrages an das Zahlungsinstitut des Auftraggebers. Die Zahlung erfolgt im Überweisungverkehr auf ein vom Auftragnehmer schriftlich zu benennendes Konto.

15. Abtretungen

Die Abtretung von Forderungen an Dritte ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers statthaft.

16. Aufrechnung/ Zurückbehaltung

Der Auftraggeber ist berechtigt, mit Gegenforderungen, gleich welcher Art, aufzurechnen. Wird die Forderung, mit der der Auftraggeber aufrechnet, von dem Auftragnehmer bestritten, steht ihm das Recht,



die Leistungen einzustellen, nicht zu, wenn der Auftraggeber ihm gegenüber in Textform erklärt, dass aus Gründen des besonderen öffentlichen Interesses eine Fortführung der Leistung geboten ist.

Der Auftragnehmer ist stets zur Vorleistung verpflichtet. Im Übrigen bleibt § 19 VOL/B unberührt.

17. Unterauftragnehmer

Die Übertragung von vertraglichen Verpflichtungen an Unterauftragnehmer durch den Auftragnehmer bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei der Einholung von Angeboten von Unterauftragnehmern kleinere und mittlere Unternehmen im Sinne der Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 4. Dezember 1984 (StAnz. Nr. 49), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 6. November 2001 (StAnz. Nr. 46; AllMBI. S. 667), angemessen zu beteiligen.

Unterauftragnehmer sind bei Anforderung eines Angebots davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt. Der Auftragnehmer hat dem Unterauftragnehmer auf Verlangen den Auftraggeber zu benennen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei der Weitergabe von Leistungen an Unterauftragnehmer nach den Vorschriften der Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 4. Dezember 1984 (StAnz. Nr. 49), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 6. November 2001 (StAnz. Nr. 46; AllMBI. S. 667) zu verfahren. Er hat den Verträgen mit Unterauftragnehmern die Allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) zugrunde zu legen.

Der Auftragnehmer darf dem Unterauftragnehmer – insbesondere hinsichtlich der Gewährleistung, Vertragsstrafe, Zahlungsweise und Sicherheiten – keine ungünstigeren Bedingungen auferlegen, als zwischen ihm und dem Auftraggeber vereinbart sind.

Die Beachtung vorstehender Verpflichtungen hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber auf Verlangen unverzüglich nachzuweisen.

18. Speicherung personenbezogener Daten

Der Auftragnehmer stimmt der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung seiner personenbezogenen Daten (z.B. Firmenname, Adresse, E-Mail-Adressen, Telefonnummern) durch den Auftraggeber oder Dritte zum Zwecke der Abwicklung des Vertrages im Rahmen der datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu.

19. Gerichtsstand

Für alle Rechtsstreitigkeiten aus dem Vertragsverhältnis und über die Gültigkeit des Vertrages ist als Gerichtsstand der Sitz der Vergabestelle vereinbart.



20. Salvatorische Klausel

Erfüllungsort für beide Vertragsparteien ist die jeweilige Liegenschaft. Gerichtsstand ist Bad Neustadt an der Saale.

Mündliche Abreden außerhalb dieses Vertrages sind nicht getroffen. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages sowie die Änderung dieser Schriftformklausel bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages oder dieser ZAV unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so berührt dies nicht die Wirksamkeit des übrigen Vertrages. Auch eine Lücke im Vertrag berührt nicht die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen. Die Beteiligten verpflichten sich anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung eine wirksame Bestimmung zu vereinbaren, die dem am nächsten kommt, was die Beteiligten gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck des Vertrages gewollt hätten, sofern sie den Punkt bedacht hätten. Beruht die Unwirksamkeit auf einer Leistungs-, Betrags-, Mengen- oder Zeitangabe, so gilt das noch zulässige Maß als vereinbart.